Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Dr. Hans C. Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV), Berlin

zur „Joint Communication“ der EU-Kommission betreffend „Preserving Peace – Defence Readiness Roadmap 2030“ vom 16.10.2025.

„Die heute veröffentlichte „Joint Communication Preserving Peace – Defence Readiness Roadmap 2030“ beschreibt einmal mehr die angespannte sicherheitspolitische Lage in Europa. Dass dabei eine starke, resiliente und innovative Industrie- und Technologie-Basis in Europa entscheidende Bedeutung hat, kann nicht oft genug betont werden. Wichtig erscheint der Gedanke, dass sich unter der Leitung der European Defence Agency (EDA) zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten „Fähigkeits-Koalitionen“ bilden sollen. Unter EDA-Moderation führt dies idealerweise zu einem von den Mitgliedstaaten verabredeten rüstungspolitischen „Bebauungsplan“, wie ihn der BDSV schon früher gefordert hat.
Dass darüber die EU-Mitgliedsstaaten ihre Rüstungsbeschaffung aus Europa fühlbar erhöhen sollten, ist ein von uns absolut unterstütztes Ziel. In ihrem Industrie-bezogenen Teil bleibt die Roadmap wieder recht allgemein. Es werden Erleichterungen im Bereich des Wettbewerbs- und Beihilferechts angekündigt, ohne dass diese schon präzisiert werden. Auch wird die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz (KI) für Rüstungstechnologien hervorgehoben. Doch zum kritischen Zugang zu relevanten KI-Trainingsdaten wird lediglich eine „Beschleunigung der Vereinfachung“ angekündigt, was in der Diktion der Brüsseler Bürokratie auf eine noch anhaltende Debatte in Sachen Datenschutz hindeutet.
Beim Zugang zu kritischen Rohstoffen geht die Roadmap nicht auf die jüngsten Ankündigungen der Volksrepublik China zu weiter verschärften Ausfuhrkontrollen für Seltene Erden sowie damit vermischte Stoffe ein. Die Kommission verharrt hier im Status von Risikoanalysen, Untersuchung von alternativen Bezugsquellen etc. Ein wirklicher Beitrag wäre es, wenn die EU mit der Volksrepublik China Verhandlungen über die Sicherstellung angemessener Rohstoffversorgung aufnehmen würde.
Auch die EU-Initiativen zur Förderung von Qualifizierungsprogrammen für Beschäftigte, die aus anderen Branchen in die Defence-Industrie wechseln wollen, ist ein positiver Beitrag. Genauso verhält es sich mit dem Abschluss regulatorischer Vereinfachungen für neue Rüstungsprojekte („Defence Readiness Omnibus“) und mit der Absicht, den Zugang zu Finanzierungen weiter zu erleichtern. Alles dies verharrt jedoch im Status von Ankündigungen. Dass die Kommission für Mitte 2026 einen Europäischen „Defence Industry Summit“ ankündigt, ist ebenfalls zu begrüßen, darf aber auch nicht auf Konferenz-Aktionismus beschränkt bleiben.
Fazit: Das Roadmap-Papier ist voller guter Statements, Ankündigungen und Appelle, die jedoch immer den Blick auf eine Tatsache nicht verstellen können: Die EU und auch die EDA können zwar bei der Erreichung von Defence Readiness unterstützen. Aber sie können – wie die Roadmap es ja auch selbst feststellt – die politischen Initiativen und die Entschlossenheit der Mitgliedsstaaten nicht ersetzen. Ob wir 2030 - oder besser schon früher - in Europa „Defence Readiness“ erreichen werden oder nicht, hängt in allererster Linie an den Mitgliedsstaaten, die – wie Deutschland – große Rüstungsbudgets umzusetzen haben. Allein Deutschland wird in den Bundeshaushalten von 2025 bis 2029 kumuliert ca. 200 Mrd. Euro an reinen Rüstungsausgaben umsetzen. Dies erfordert in erster Linie eine enge Kooperation zwischen Bundeswehr-Beschaffung und der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, zu deren Gelingen wir mit allen Kräften beitragen wollen.“